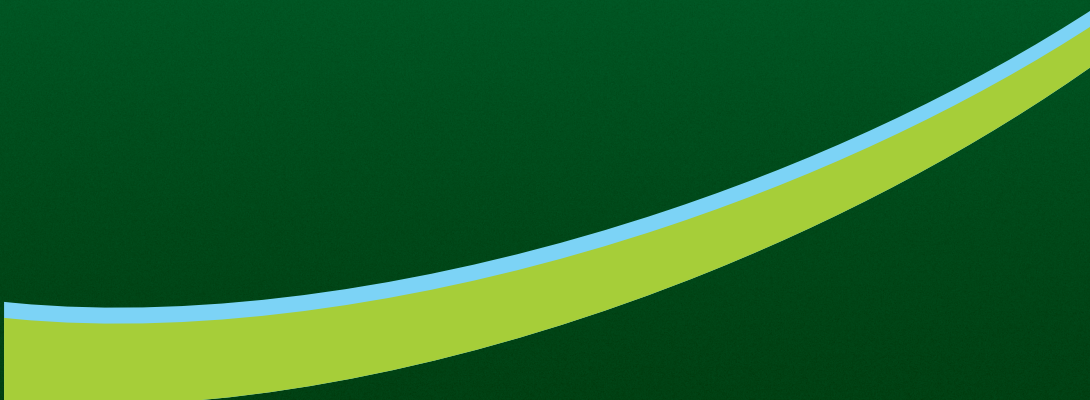


Aunert-Micus · Güllemann
Streckel · Tonner · Wiese

Wirtschafts- privatrecht

BGB Allgemeiner Teil,
Schuldrecht, Sachenrecht,
Handels- und Gesellschaftsrecht



Vahlen

6. Auflage

Zum Inhalt:

Das erfolgreiche Studienbuch, nunmehr in 6. Auflage, behandelt kompakt, gut verständlich und aktuell die wirtschaftlich relevanten Bereiche des Bürgerlichen Rechts und des Handels- und Gesellschaftsrechts.

- BGB Allgemeiner Teil
- BGB Schuldrecht
- BGB Sachenrecht
- HGB Handelsrecht
- Gesellschaftsrecht
- AGG
- UN-Kaufrecht

Die Neuauflage bringt das Werk auf den aktuellen Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung. Es berücksichtigt insbesondere das neue Verbraucherrecht infolge der EU-Verbraucherrichtlinie, ferner die Änderungen im Kaufrecht, im Werkvertragsrecht mit den neuen Baurechtsverträgen und das neue Reiserecht. Das Internationale UN-Kaufrecht ist ebenfalls dargestellt.

Zur Didaktik

Besonders anschaulich durch

- viele Beispiele, Grafiken, Checklisten, Prüfungsschemata, Merksätze
- Wiederholungsfragen mit Rückverweisungen
- kurze Fälle mit Lösungshinweisen
- verständliche Sprache und gute Lesbarkeit

Damit wird ein nachhaltiger Lernerfolg gesichert.

Zielgruppe

Das Werk richtet sich an Studierende in betriebswirtschaftlichen, wirtschaftsjuristischen und rechtswissenschaftlichen Studiengängen an Hochschulen und Universitäten sowie in dualen Studiengängen und bereitet sie auf die Prüfungen vor.

Zu den Autoren:

Prof. Dr. Shirley Aunert-Micus, Prof. em. Dr. Dirk Güllemann, Prof. em. Dr. Siegmар Streckel, Prof. Dr. Norbert Tonner und Prof. Dr. Ursula Eva Wiese, lehr(t)en sämtlich Wirtschaftsprivatrecht an der Hochschule Osnabrück und sind durch zahlreiche Veröffentlichungen ausgewiesen. Das Gemeinschaftswerk ist Ergebnis ihrer langjährigen Lehrtätigkeit.

Das Buch eignet sich für Bachelor- oder Masterstudiengänge in gleicher Weise.

Wirtschaftsprivatrecht

BGB Allgemeiner Teil · Schuldrecht ·
Sachenrecht · Handels- und Gesellschaftsrecht

von

Dr. Shirley Aunert-Micus

Dr. Dirk Güllemann

Dr. Siegmар Streckel

Dr. Norbert Tonner

Dr. Ursula Eva Wiese

Professoren an der Hochschule Osnabrück

6., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München

Vorwort

Hiermit legen fünf Professoren der Hochschule Osnabrück ihr gemeinsames Buch Wirtschaftsprivatrecht in der 6. Auflage vor. Die Neuauflage berücksichtigt Änderungen der Gesetzgebung insbesondere im Bereich des Verbraucherrechts, des Kaufrechts und des Werkvertragsrechts, das u.a. neue Vertragstypen im Bauvertragsrecht eingeführt hat. Der gesamte Text wurde aktualisiert und deutlich gestrafft.

Zielgruppe des Werks sind in erster Linie Studierende an Fach-/Hochschulen im Studiengang Wirtschaftsrecht, in betriebswirtschaftlichen Studiengängen sowie in Studiengängen mit betriebswirtschaftlichen Schwerpunkten. Darüber hinaus richtet sich das Buch an Studierende der Wirtschaftswissenschaften an Universitäten, an Berufs- und Verwaltungsakademien, also an alle, die ein Basiswissen im Wirtschaftsprivatrecht benötigen. Es ist gleichermaßen in Bachelor- und Masterstudiengängen einsetzbar.

Das Buch behandelt die wirtschaftsrelevanten Bereiche des Bürgerlichen Rechts sowie des Handels- und Gesellschaftsrechts. Schwerpunkte sind die drei ersten Bücher des BGB, also der Allgemeine Teil, das Recht der Schuldverhältnisse und das Sachenrecht, ausgewählte Kapitel des HGB sowie das Gesellschaftsrecht.

Das vorliegende Buch ist als Lernbuch konzipiert. Oberste Ziele sind für die Autoren eine kompakte Information und eine gute didaktische Aufbereitung. Viele Beispiele, Grafiken, Checklisten, Merksätze, Wiederholungsfragen (mit Verweisung auf die einschlägigen Textstellen im Buch) und kurze Fälle mit Lösungshinweisen sollen den Lernerfolg fördern. Bei den Fallbeispielen wird angegeben, ob diese Master- oder Bachelorniveau haben. Bei allen Beispielen ist auf Aktualität und Lebensnähe Wert gelegt worden; wo sie nicht mehr der Lebenswirklichkeit entsprachen, sind sie ersetzt worden. Besonders wichtig ist den Autoren eine verständliche Sprache und eine gute Lesbarkeit. Wegen der Praxisorientierung wird auf die Erörterung wissenschaftlicher Streitfragen weitgehend verzichtet. Anstelle eines allgemeinen Literaturverzeichnisses werden vor jedem Kapitel spezifische Angaben zu weiterführender Literatur gemacht. Als Gesetzestext wird die preisgünstige und aktuelle NWB-Textausgabe „Wichtige Gesetze des Wirtschaftsprivatrechts“ aus dem Verlag Neue Wirtschaftsbrieft empfohlen, die genau auf den hier vermittelten Stoff zugeschnitten ist.

Die Autoren unterrichte(te)n als Kollegen an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Hochschule Osnabrück und betrachten das Buch als Gemeinschaftswerk. Sie übernehmen für ihren eigenen Teil die wissenschaftliche Verantwortung. Die Themen sind wie folgt zugeordnet:

Prof. Dr. Shirley Aunert-Micus	Kapitel 4, 5, 8, 16 und 20
Prof. Dr. Dirk Güllemann	Kapitel 7, 13, 15 und 17
Prof. Dr. Siegmund Streckel	Kapitel 1, 3, 5.2, 18 und 21
StB. Prof. Dr. Norbert Tonner	Kapitel 10, 11, 12 und 14
Prof. Dr. Ursula Eva Wiese	Kapitel 2, 6, 9 und 19.

Gesamtkoordination, Redaktion und Vorwort stammen von dem Unterzeichner.

Wir freuen uns über jede Art von Anregungen, Hinweisen und Fragen zur weiteren Verbesserung des Buches.

Osnabrück, im Mai 2018

im Namen der Autoren: Dirk Güllemann

Email: d.guellemann@hs-osnabrueck.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1 Einführung	1
2 Personen und Objekte im Rechtsverkehr	21
3 Grundlagen des Handelsrechts	45
4 Das Rechtsgeschäft	75
5 Der Vertrag	93
6 Mängel des Rechtsgeschäfts und deren Folgen	109
7 Allgemeine Geschäftsbedingungen	127
8 Die Stellvertretung	143
9 Verjährung/Fristen/Termine	163
10 Inhalt von Schuldverhältnissen	175
11 Beendigung von Schuldverhältnissen	209
12 Leistungsstörungen	219
13 Veräußerungsverträge	261
14 Überlassungsverträge	299
15 Werkverträge und Dienstleistungsverträge	317
16 Gesetzliche Schuldverhältnisse	349
17 Grundzüge des Sachenrechts	383
18 Handelsgeschäfte	419
19 Die Personengesellschaften	439
20 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	471

VIII Inhaltsübersicht

21 Die Aktiengesellschaft..... 499

Sachverzeichnis 521

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1 Einführung	1
1.1 Begriff und Funktionen des Rechts	1
1.2 Rechtsquellen	2
1.2.1 Nationale Rechtsquellen	3
1.2.2 Rechtsquellen der EU	3
1.3 Das Rechtssystem	5
1.3.1 Privatrecht und öffentliches Recht	5
1.3.2 Sonstige Einteilungen des Rechts	7
1.3.2.1 Objektives Recht – Subjektives Recht	7
1.3.2.2 Absolutes Recht – Relatives Recht	7
1.3.2.3 Zwingendes Recht – Nachgiebiges (dispositives) Recht	8
1.4 Geschichte, Aufbau und Grundgedanken des BGB	8
1.4.1 Die Geschichte des BGB	8
1.4.2 Der Aufbau des BGB	9
1.4.3 Der Grundsatz der Privatautonomie	10
1.4.3.1 Die Vertragsfreiheit	10
1.4.3.2 Vereinigungsfreiheit, Eigentumsfreiheit, Testierfreiheit	12
1.5 Die deutsche Gerichtsbarkeit	12
1.5.1 Aufgaben und Aufbau der Gerichtsbarkeit	12
1.5.2 Die Zivilgerichtsbarkeit	13
1.5.3 Das Mahnverfahren	14
1.6 Methodik der Rechtsfindung – Fallbearbeitung	16
1.6.1 Grundsätzliches	16
1.6.2 Die Gesetzesauslegung	17
1.6.3 Die Subsumtion	18
1.6.4 Juristische Arbeitsmittel	19
2 Personen und Objekte im Rechtsverkehr	21
2.1 Natürliche Personen	21
2.1.1 Rechtsfähigkeit	21
2.1.2 Handlungsfähigkeit	22
2.1.2.1 Geschäftsfähigkeit	22
2.1.2.2 Deliktsfähigkeit	26
2.1.2.3 Verschuldensfähigkeit	27
2.1.3 Bedeutung des Wohnsitzes	27
2.1.4 Namensrecht	27
2.1.5 Natürliche Personen als Verbraucher/Unternehmer	28
2.2 Juristische Personen	30
2.2.1 Juristische Personen des öffentlichen Rechts	30

2.2.2	Juristische Personen des Privatrechts	31
2.2.2.1	Die Stiftung	31
2.2.2.2	Der Verein	31
2.2.2.3	Der nichtrechtsfähige Verein	36
2.3	Objekte des Rechtsverkehrs (§§ 90 ff. BGB)	37
2.3.1	Rechtsobjekte	37
2.3.2	Sachen	37
2.3.2.1	Bewegliche Sachen	38
2.3.2.2	Verbrauchbare und nicht verbrauchbare Sachen	38
2.3.2.3	Unbewegliche Sachen	39
2.3.2.4	Teilbare und unteilbare Sachen	39
2.3.2.5	Bestandteile, Zubehör, Nutzungen, Früchte, Lasten	39
2.3.2.6	Tiere	41
2.3.3	Rechte	41
2.3.3.1	Absolute und relative Rechte	41
2.3.3.2	Gestaltungsrechte, Einreden, Einwendungen	42
3	Grundlagen des Handelsrechts	45
3.1	Grundgedanken und Aufbau	45
3.1.1	Handelsrecht als Sonderprivatrecht	45
3.1.2	Rechtsquellen des Handelsrechts	46
3.1.3	Der Begriff des Kaufmanns	47
3.2	Der Kaufmann	48
3.2.1	Das Betreiben eines Gewerbes	48
3.2.1.1	Der Begriff des Gewerbes	48
3.2.1.2	Der Begriff des Betreibens	50
3.2.2	Der Istkaufmann (Kaufmann kraft Betätigung, § 1 HGB)	50
3.2.3	Der Kannkaufmann (Kaufmann kraft Eintragung, § 2 HGB)	51
3.2.4	Kaufmann bei Land- und Forstwirtschaft (§ 3 HGB)	52
3.2.5	Der Formkaufmann (§ 6 HGB)	52
3.2.5.1	Kapitalgesellschaften	53
3.2.5.2	Personenhandelsgesellschaften	53
3.2.6	Fiktivkaufmann und Scheinkaufmann	53
3.2.6.1	Der Fiktivkaufmann (§ 5 HGB)	53
3.2.6.2	Der Scheinkaufmann	54
3.3	Das Handelsregister	57
3.3.1	Begriff, Aufgaben und Inhalt des Handelsregisters	57
3.3.2	Formelles Handelsregisterrecht	58
3.3.3	Die Publizität des Handelsregisters nach § 15 HGB	59
3.3.3.1	Der Schutz Dritter bei fehlender Eintragung und Bekanntmachung eintragungspflichtiger Tatsachen (§ 15 I HGB)	59
3.3.3.2	Der Schutz bei richtiger Eintragung und Bekanntmachung von Tatsachen (§ 15 II HGB)	61
3.3.3.3	Der Schutz Dritter bei unrichtiger Bekanntmachung eintragungspflichtiger Tatsachen (§ 15 III HGB)	62
3.4	Die Handelsfirma	64
3.4.1	Begriff und Bedeutung	64
3.4.2	Grundsätze der Firmenbildung und Firmenführung	66

3.4.2.1	Firmenwahrheit	66
3.4.2.2	Firmenbeständigkeit	67
3.4.2.3	Firmeneinheit	69
3.4.2.4	Firmenausschließlichkeit	69
3.4.2.5	Firmenöffentlichkeit	70
3.4.2.6	Firmenschutz	70
4	Das Rechtsgeschäft	75
4.1	Arten	75
4.1.1	Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	75
4.1.2	Verpflichtungsgeschäfte	76
4.1.3	Verfügungsgeschäfte	76
4.1.4	Abstraktionsgrundsatz	77
4.2	Die Willenserklärung	78
4.2.1	Tatbestandsvoraussetzungen	78
4.2.1.1	Objektiver Tatbestand	78
4.2.1.2	Subjektiver Tatbestand	79
4.2.2	Wirksamwerden der Willenserklärung	80
4.2.2.1	Abgabe einer empfangsbedürftigen Willenserklärung	81
4.2.2.2	Zugang einer empfangsbedürftigen Willenserklärung	81
4.2.2.3	Widerruf	83
4.2.2.4	Vereitelung des Zugangs	83
4.2.3	Auslegung	84
4.2.3.1	Begriffsbestimmung	84
4.2.3.2	Auslegung von Willenserklärungen	85
4.2.3.3	Auslegung von Verträgen	85
4.3	Form des Rechtsgeschäfts	88
4.3.1	Sinn und Zweck der Formbedürftigkeit	88
4.3.2	Formarten	88
4.3.2.1	Schriftformarten	88
4.3.2.2	Notarielle Beurkundung	89
4.3.2.3	Öffentliche Beglaubigung	89
4.3.3	Rechtsfolgen eines Formmangels	90
5	Der Vertrag	93
5.1	Grundsatz der Vertragsfreiheit	93
5.2	Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – AGG	94
5.2.1	Ziel und Anwendungsbereich	94
5.2.2	Die Diskriminierungsgründe im Einzelnen	96
5.2.3	Zulässigkeit unterschiedlicher Behandlungen	96
5.2.4	Rechtsfolgen einer Verletzung	97
5.2.5	Beweislast und Rechtsschutz	97
5.3	Vorstufen des Vertragsschlusses	98
5.4	Zustandekommen des Vertrages	99
5.4.1	Angebot	99
5.4.2	Annahme	99
5.4.2.1	Modifizierte Annahme	100
5.4.2.2	Rechtzeitigkeit der Annahme	100

5.4.2.3	Annahmeerklärung ohne Zugang	101
5.5	Dissens	103
5.5.1	Offener Dissens	103
5.5.2	Versteckter Dissens	104
5.6	Bindungswirkung des Vertrages	105
6	Mängel des Rechtsgeschäfts und deren Folgen	109
6.1	Nichtigkeit von Rechtsgeschäften	109
6.1.1	Geschützte Personen	109
6.1.2	Formverstöße	110
6.1.3	Gesetzliche Verbote	110
6.1.4	Sittenwidrige Rechtsgeschäfte	111
6.1.4.1	Der Wuchertatbestand	112
6.1.4.2	Sittenwidrigkeit gem. § 138 BGB	112
6.2	Nichtigkeit und Anfechtbarkeit bei Willensmängeln	114
6.2.1	Willensvorbehalte	114
6.2.2	Irrtümer bei der Willenserklärung	115
6.2.2.1	Begriff des Irrtums und Abgrenzungen	115
6.2.2.2	Der unbeachtliche Irrtum	115
6.3	Arten von Irrtümern	116
6.3.1	Der Inhaltsirrtum (§ 119 I 1. Alt. BGB)	116
6.3.2	Der Erklärungsirrtum (§ 119 I 2. Alt. BGB)	117
6.3.3	Der Kalkulationsirrtum	117
6.3.4	Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften (§ 119 II BGB) ...	118
6.3.5	Übermittlungsfehler (§ 120 BGB)	119
6.4	Willensbeeinträchtigung aufgrund arglistiger Täuschung oder widerrechtlicher Drohung gem. § 123 BGB	120
6.4.1	Arglistige Täuschung	120
6.4.2	Widerrechtliche Drohung	121
6.5	Voraussetzungen der Anfechtung und deren Rechtsfolgen	121
6.5.1	Voraussetzungen der Anfechtung	121
6.5.1.1	Anfechtungsgründe	121
6.5.1.2	Anfechtungserklärung (§ 143 BGB)	122
6.5.1.3	Anfechtungsfristen (§§ 121, 124 BGB)	122
6.5.1.4	Ausschlussgründe	122
6.5.2	Rechtsfolgen der Anfechtung	123
6.5.2.1	Nichtigkeit (§ 142 BGB)	123
6.5.2.2	Schadensersatzverpflichtung (§ 122 BGB)	123
6.6	Nichtigkeit und Umdeutung	124
7	Allgemeine Geschäftsbedingungen	127
7.1	Begriff der AGB	127
7.2	Funktionen und Erscheinungsformen von AGB	127
7.3	Rechtliche Grundlagen	128
7.4	Einbeziehung von AGB	128
7.5	Überraschende, mehrdeutige Klauseln und Vorrang von Individualvereinbarungen	131
7.6	Inhaltskontrolle von AGB	132

7.6.1	Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit	133
7.6.2	Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit	134
7.6.3	Generalklausel	135
7.7	Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit	136
7.8	Anwendungsbereich	137
7.8.1	Beschränkungen in persönlicher Hinsicht	137
7.8.2	Beschränkungen in sachlicher Hinsicht	137
7.8.3	Erweiterungen bei Verbraucherverträgen	138
7.9	Individueller Rechtsschutz und Verbandsklagen	138
8	Die Stellvertretung	143
8.1	Begriff und Anwendungsbereich der Stellvertretung	143
8.2	Voraussetzungen der Stellvertretung	144
8.2.1	Eigene Willenserklärung des Vertreters	144
8.2.2	Handeln im fremden Namen	145
8.2.2.1	Offenkundigkeitsprinzip	145
8.2.2.2	Einschränkungen des Offenkundigkeitsgrundsatzes	146
8.2.3	Vertretungsmacht	148
8.2.3.1	Erteilung der Vollmacht	148
8.2.3.2	Form der Vollmacht	149
8.2.3.3	Erlöschen der Vollmacht	149
8.2.3.4	Schutz des guten Glaubens an die Vollmacht	149
8.2.4	Handelsrechtliche Spezialvollmachten	152
8.2.4.1	Die Prokura	153
8.2.4.2	Die Handlungsvollmacht	154
8.2.5	Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht	156
8.2.6	Einschränkungen der Vertretungsmacht	157
8.2.6.1	Verbot des Insichgeschäfts	157
8.2.6.2	Missbrauch der Vertretungsmacht	158
9	Verjährung/Fristen/Termine	163
9.1	Fristen und Termine (§§ 187 ff. BGB)	163
9.1.1	Begriff	163
9.1.2	Berechnung von Fristen und Terminen	163
9.2	Die Verjährung von Rechtsansprüchen	164
9.2.1	Einführung	165
9.2.1.1	Der Verjährungsgegenstand	165
9.2.1.2	Gestaltungsrechte und unverjährbare Ansprüche	165
9.2.1.3	Abgrenzungen	165
9.2.1.4	Wirkung der Verjährung	166
9.3	Die Verjährungsregelungen des BGB	166
9.3.1	Zentrale Gesetzesregelungen	166
9.3.2	Verjährungsfristen	167
9.3.2.1	Grundlagen der regelmäßigen Verjährung	167
9.3.2.2	Abweichende Verjährungsregelungen (§§ 196, 197 BGB)	169
9.3.3	Sonderregelungen zur Verjährung, insbesondere im Kaufrecht und im Werkvertragsrecht	170
9.3.3.1	Verjährungsregelungen im Kaufrecht	170

9.3.3.2	Verjährungsregelungen im Werkvertragsrecht	171
9.3.4	Verjährungsvereinbarungen	171
9.3.5	Inhaltskontrolle gem. §§ 305 ff. BGB	172
9.4	Hemmung und Neubeginn der Verjährung	172
9.4.1	Hemmung der Verjährung	172
9.4.1.1	Wirkung der Hemmung	172
9.4.1.2	Gründe der Hemmung	172
9.4.2	Neubeginn der Verjährung	172
10	Inhalt von Schuldverhältnissen	175
10.1	Begriff des Schuldverhältnisses	175
10.2	Begründung und Arten der Schuldverhältnisse	176
10.2.1	Rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis	176
10.2.2	Rechtsgeschäftsähnliches Schuldverhältnis	178
10.2.3	Dritthaftung	179
10.2.4	Gesetzliches Schuldverhältnis	180
10.3	Leistungspflicht	181
10.3.1	Hauptpflichten/Nebenpflichten	181
10.3.2	Der Grundsatz von Treu und Glauben	181
10.4	Der Leistungsgegenstand	183
10.4.1	Stückschuld	184
10.4.2	Gattungsschuld	184
10.4.3	Geld- und Zinsschuld	185
10.4.3.1	Geldschuld	185
10.4.3.2	Zinsschuld	185
10.5	Der Leistungsort (§ 269 BGB)	186
10.6	Leistungszeit (§ 271 BGB)	188
10.7	Verbraucherverträge und besondere Vertriebsformen	188
10.7.1	Allgemeine Geschäftsbedingungen	190
10.7.2	Allgemeine Vorgaben für Verbraucherverträge (§§ 312, 312a, 312k BGB)	190
10.7.3	Besondere Vertriebsformen	191
10.7.3.1	Außergeschäftsraumverträge (AGV, § 312 b BGB)	191
10.7.3.2	Fernabsatzverträge (§§ 312c–h BGB)	192
10.7.3.3	Informationspflichten bei AGV und Fernabsatzverträgen	193
10.7.3.4	Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	194
10.7.4	Elektronischer Geschäftsverkehr (§ 312i BGB)	196
10.7.4.1	Begriff	197
10.7.4.2	Pflichten des Unternehmers	197
10.8	Die Beteiligung mehrerer am Schuldverhältnis	198
10.8.1	Beteiligung Dritter am Schuldverhältnis	198
10.8.1.1	Vertrag zugunsten Dritter (§ 328 BGB)	198
10.8.1.2	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	200
10.8.2	Gläubigerwechsel	201
10.8.2.1	Voraussetzungen der Abtretung	202
10.8.2.2	Rechtsfolgen der Abtretung	203
10.8.2.3	Besondere Formen der Abtretung im Rahmen der Kreditsicherung	203

10.8.2.4	Gesetzlicher Forderungsübergang	204
10.8.2.5	Übertragung anderer Rechte	205
10.8.3	Schuldnerwechsel	205
10.8.4	Gesamtschuldnerschaft	205
10.8.4.1	Außenverhältnis zu den Gläubigern	205
10.8.4.2	Innenverhältnis der Gesamtschuldner	206
10.8.5	Gesamtgläubigerschaft	206
11	Beendigung von Schuldverhältnissen	209
11.1	Erfüllung (§§ 362 BGB)	209
11.2	Leistung an Erfüllungs statt (§ 364 I BGB)/Leistung erfüllungshalber (§ 364 II BGB)	210
11.3	Hinterlegung	212
11.4	Aufrechnung (§§ 387 ff. BGB)	212
11.4.1	Aufrechnungsvoraussetzungen	213
11.4.1.1	Aufrechnungslage	213
11.4.1.2	Aufrechnungserklärung	213
11.4.1.3	Ausschluss der Aufrechnung	214
11.4.2	Wirkung der Aufrechnung	214
11.5	Erlass	214
11.6	Rücktritt, Kündigung	215
11.6.1	Rücktritt	215
11.6.2	Kündigung	215
11.7	Aufhebungsvertrag	216
11.8	Störung bzw. Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	216
12	Leistungsstörungen	219
12.1	Begriff	219
12.2	Systematik des Leistungsstörungsrechts	222
12.2.1	Schadensersatz bei Pflichtverletzung	222
12.2.2	§ 280 I BGB als Schlüsselvorschrift für Schadensersatzansprüche ..	223
12.2.2.1	Bestehen eines Schuldverhältnisses	223
12.2.2.2	Pflichtverletzung	223
12.2.2.3	Vertretenmüssen	224
12.2.2.4	Schadensersatz neben der Leistung als Rechtsfolge	225
12.2.3	Schadensersatz statt der Leistung bei speziellen Leistungsstörungstatbeständen	225
12.2.4	Ersatz vergeblicher Aufwendungen anstelle von Schadensersatz (§ 284 BGB)	226
12.2.5	Leistungsstörungen bei gegenseitig verpflichtenden Verträgen (§§ 320 ff. BGB)	226
12.3	Unmöglichkeit	228
12.3.1	Ausschluss der Leistungspflicht bei tatsächlicher Unmöglichkeit, § 275 I BGB	228
12.3.2	Ausschluss der Leistungspflicht bei faktischer Unmöglichkeit und höchstpersönlichen Leistungen, § 275 II, III BGB	230
12.3.3	Abgrenzung zur Störung/Wegfall der Geschäftsgrundlage	231
12.3.4	Schadensersatz bei ursprünglicher Unmöglichkeit, § 311a BGB ...	232

12.3.5 Schadensersatz bei nachträglicher Unmöglichkeit	234
12.3.6 Befreiung von der Pflicht zur Gegenleistung, § 326 BGB	235
12.3.7 Rückforderungsanspruch nach § 326 IV BGB und Rücktritt bei Unmöglichkeit, § 326 V iVm § 323 BGB	237
12.4 Schuldnerverzug (Verzögerung der Leistung)	238
12.4.1 Begriff	238
12.4.2 Ersatz des Verzögerungsschadens	239
12.4.2.1 Voraussetzungen	239
12.4.2.2 Rechtsfolgen	240
12.4.3 Schadensersatz statt der Leistung	240
12.4.3.1 Voraussetzungen	240
12.4.3.2 Rechtsfolgen	241
12.4.4 Rücktrittsrecht, § 323 BGB	242
12.4.4.1 Voraussetzungen	242
12.4.4.2 Rechtsfolgen	243
12.4.5 Weitere Verzugsfolgen	243
12.5 Schlechtleistung	244
12.5.1 Begriff	244
12.5.2 Verletzung einer leistungsbezogenen Pflicht (Qualitätsmangel) ..	245
12.5.2.1 Schadensersatz statt der Leistung	246
12.5.2.2 Rücktritt	247
12.5.3 Verletzung einer Schutzpflicht iSv § 241 II BGB	248
12.5.3.1 Schadensersatz neben der Leistung (Begleitschäden)	249
12.5.3.2 Schadensersatz statt der Leistung	250
12.5.3.3 Rücktritt, § 324 BGB	250
12.5.4 Schadensersatz bei Verletzung vorvertraglicher Pflichten	251
12.6 Der Gläubiger- oder Annahmeverzug	252
12.6.1 Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	252
12.6.2 Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	253
13 Veräußerungsverträge	261
13.1 Kaufvertrag	261
13.1.1 Begriff und wirtschaftliche Bedeutung	262
13.1.2 Gesetzliche Grundlagen – Reform des Kaufrechts	262
13.1.3 Überblick über das Kaufrecht	263
13.1.4 Allgemeine Charakterisierung des Kaufs	263
13.1.4.1 Verpflichtungscharakter	263
13.1.4.2 Kaufgegenstand	264
13.1.4.3 Form	265
13.1.5 Pflichten des Verkäufers	265
13.1.5.1 Die Eigentumsverschaffung	265
13.1.5.2 Besitzverschaffung	266
13.1.5.3 Mangelfreiheit	266
13.1.5.4 Nebenleistungspflichten	266
13.1.6 Pflichten des Käufers	266
13.1.6.1 Zahlung des Kaufpreises	267
13.1.6.2 Abnahme	267
13.1.6.3 Nebenleistungspflichten	267

13.1.7	Gefahrtragung	268
13.1.8	Mängelhaftung	269
13.1.8.1	Die Struktur der Mängelhaftung	269
13.1.8.2	Mängelrechte des Käufers im Überblick	269
13.1.8.3	Voraussetzungen der Mängelhaftung	270
13.1.8.4	Ausschluss der Mängelhaftung	273
13.1.8.5	Inhalt der Mängelhaftung	274
13.1.8.6	Nacherfüllung	274
13.1.8.7	Rücktritt	275
13.1.8.8	Minderung	277
13.1.8.9	Schadensersatz im Allgemeinen	278
13.1.8.10	Schadensersatz statt der Leistung	279
13.1.8.11	Schadensersatz neben der Leistung	281
13.1.9	Kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht	281
13.1.10	Garantie	283
13.1.11	Rückgriff des Unternehmers in einer Lieferkette	284
13.1.12	Verjährung der Mängelansprüche	284
13.1.13	Besondere Arten des Kaufs	285
13.1.13.1	Verbrauchsgüterkauf	285
13.1.13.2	Kauf unter Eigentumsvorbehalt	286
13.1.13.3	Finanzierungshilfen	287
13.1.13.4	Besondere Vertriebsformen beim Kauf	287
13.1.13.5	Kauf auf Probe	287
13.1.13.6	Wiederkauf	287
13.1.13.7	Vorkauf	287
13.2	Internationaler Kauf, insb. UN-Kaufrecht	288
13.3	Tausch	293
13.4	Schenkung	293
14	Überlassungsverträge	299
14.1	Mietvertrag/Pachtvertrag	299
14.1.1	Definition und Gegenstand des Mietvertrages	299
14.1.2	Systematik des Gesetzes	300
14.1.3	Rechte und Pflichten der Mietvertragsparteien	300
14.1.3.1	Rechte und Pflichten des Vermieters	300
14.1.3.2	Rechte und Pflichten des Mieters	301
14.1.3.3	Folgen der Verletzung vertraglicher Pflichten der Mietparteien	303
14.1.4	Beendigung des Mietverhältnisses	305
14.1.5	Weitere Besonderheiten der Mietverhältnisse über Wohnraum ..	306
14.2	Pachtvertrag	307
14.3	Leasingvertrag	308
14.4	Leihe (§§ 598–606 BGB)	310
14.5	Darlehensvertrag	310
14.5.1	Sachdarlehen	311
14.5.2	Das (Geld-)Darlehen (§§ 488–505e, 511–514 BGB)	311
14.6	Finanzierungshilfen und Ratenkreditverträge (§§ 506–515 BGB)	313

15	Werkverträge und Dienstleistungsverträge	317
15.1	Werkvertrag	317
15.1.1	Charakteristik	318
15.1.2	Vertragsgegenstand	320
15.1.3	Vertragstypische Pflichten im Überblick	320
15.1.4	Pflichten des Unternehmers	320
15.1.4.1	Die Werkherstellung	320
15.1.4.2	Mangelfreiheit und Mängelhaftung	321
15.1.4.3	Voraussetzungen der Mängelhaftung	321
15.1.4.4	Ausschluss der Mängelhaftung	322
15.1.4.5	Inhalt der Mängelhaftung	323
15.1.4.6	Nacherfüllung	324
15.1.4.7	Selbstvornahme	324
15.1.4.8	Rücktritt	325
15.1.4.9	Minderung	326
15.1.4.10	Schadensersatzansprüche	326
15.1.4.11	Aufwendungsersatz	328
15.1.4.12	Verjährung der Mängelrechte	328
15.1.5	Pflichten des Bestellers	328
15.1.5.1	Abnahmepflicht	328
15.1.5.2	Vergütungspflicht	329
15.1.6	Beendigung durch Kündigung	330
15.2	Bau-Werkverträge	331
15.2.1	Der Bauvertrag, § 650a BGB	331
15.2.2	Der Verbraucherbaupvertrag, § 650i BGB	332
15.2.3	Der Architekten- und Ingenieurvertrag, § 650p BGB	332
15.2.4	Der Bauträgervertrag, § 650u BGB	333
15.3	Dienstvertrag und ähnliche Verträge	336
15.3.1	Charakteristik und Erscheinungsformen	336
15.3.2	Vertragstypische Pflichten beim Dienstvertrag	337
15.3.2.1	Pflichten des Dienstverpflichteten	337
15.3.2.2	Pflichten des Dienstberechtigten	337
15.3.3	Pflichtverletzungen	338
15.3.3.1	Pflichtverletzungen durch den Dienstverpflichteten	338
15.3.3.2	Pflichtverletzungen durch den Dienstberechtigten	339
15.3.4	Beendigung des Dienstverhältnisses	339
15.3.4.1	Ordentliche Kündigung	339
15.3.4.2	Außerordentliche Kündigung	340
15.3.5	Medizinische Behandlungsverträge	341
15.4	Sonstige Dienstleistungsverträge im Überblick	343
15.4.1	Auftrag	343
15.4.2	Geschäftsbesorgungsvertrag	344
15.4.3	Reisevertrag	345
15.4.4	Maklervertrag	345
16	Gesetzliche Schuldverhältnisse	349
16.1	Unerlaubte Handlungen	349
16.1.1	Schadensersatzanspruch gem. § 823 I BGB	349

16.1.1.1	Betroffenes Recht oder Rechtsgut	350
16.1.1.2	Verletzungshandlung	351
16.1.1.3	Kausalität	352
16.1.1.4	Rechtswidrigkeit	353
16.1.1.5	Verschulden	353
16.1.1.6	Schaden	354
16.1.1.7	Schmerzensgeld	354
16.1.2	Schadensersatzanspruch gem. § 823 II BGB in Verbindung mit einem Schutzgesetz	355
16.1.3	Schadensersatzanspruch gem. § 831 BGB	355
16.1.3.1	Verrichtungsgehilfe	356
16.1.3.2	Tatbestandsmäßige und rechtswidrige unerlaubte Handlung	356
16.1.3.3	Handeln in Ausführung der Verrichtung	357
16.1.3.4	Rechtswidrigkeit	357
16.1.3.5	Verschulden des Geschäftsherrn	357
16.1.4	Konkurrenz zwischen § 831 BGB und § 278 BGB	358
16.2	Produkthaftung	361
16.2.1	Produzentenhaftung gem. § 823 I BGB	361
16.2.1.1	Hersteller	361
16.2.1.2	Produktspezifische Verkehrssicherungspflicht	362
16.2.1.3	Verschulden des Herstellers	363
16.2.2	Haftung gem. § 1 Produkthaftungsgesetz (ProdHG)	364
16.2.2.1	Verletzungserfolg	364
16.2.2.2	Produktfehler	365
16.2.2.3	Hersteller	365
16.2.2.4	Kein Haftungsausschluss gem. § 1 II, III ProdHG	365
16.2.2.5	Rechtsfolge	366
16.2.2.6	Beweislast	366
16.3	Grundzüge der ungerechtfertigten Bereicherung	369
16.3.1	Die Leistungskondiktion gem. § 812 I 1, 1. Alt. BGB	369
16.3.1.1	Das erlangte Etwas	369
16.3.1.2	Leistung	370
16.3.1.3	Ohne Rechtsgrund	370
16.3.1.4	Kein Ausschluss des Anspruchs	370
16.3.1.5	Rechtsfolgen	371
16.3.1.6	Wegfall der Bereicherung	372
16.3.1.7	Haftungsverschärfung	373
16.3.2	Die Eingriffskondiktion gem. § 812 I 1, 2. Alt. BGB	375
16.3.2.1	Das erlangte Etwas	375
16.3.2.2	In sonstiger Weise	375
16.3.2.3	Auf Kosten eines anderen	376
16.3.2.4	Ohne Rechtsgrund	376
16.3.3	Ansprüche aus § 816 BGB	377
16.3.3.1	Entgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten	377
16.3.3.2	Unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten	378
16.3.3.3	Leistung an einen Nichtberechtigten	378

17	Grundzüge des Sachenrechts	383
17.1	Einführung	383
17.2	Aufbau, Bedeutung und Grundprinzipien des Sachenrechts	384
17.3	Besitz	386
17.3.1	Begriff	386
17.3.2	Arten	387
17.3.3	Erwerb und Verlust	388
17.3.4	Besitzschutz	388
17.4	Eigentum	390
17.4.1	Begriff und Wesen	390
17.4.2	Schranken des Eigentums	391
17.4.3	Eigentumsformen	392
17.4.4	Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb an beweglichen Sachen ..	393
17.4.4.1	Einigung	393
17.4.4.2	Übergabe	394
17.4.4.3	Berechtigung des Veräußerers	395
17.4.4.4	Gutgläubiger Erwerb vom Nichtberechtigten	395
17.4.5	Gesetzlicher Eigentumserwerb an beweglichen Sachen	397
17.4.5.1	Ersitzung	397
17.4.5.2	Verbindung, Vermischung, Verarbeitung	398
17.4.5.3	Aneignung	399
17.4.5.4	Fund	399
17.4.5.5	Erbfall	400
17.4.6	Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb an Grundstücken	400
17.4.6.1	Einigung (Auflassung)	400
17.4.6.2	Eintragung ins Grundbuch	401
17.4.6.3	Berechtigung	402
17.4.6.4	Vormerkung	402
17.5	Eigentumsschutz	404
17.5.1	Der Herausgabeanspruch nach §§ 985, 986 BGB	404
17.5.2	Nutzungsersatz- und Schadensersatzansprüche sowie Verwendungsersatzansprüche nach §§ 987 ff. BGB	405
17.5.3	Der Störungsbeseitigungs- und Unterlassungsanspruch nach § 1004 BGB	405
17.5.4	Schadensersatzansprüche nach § 823 I BGB	407
17.6	Grundpfandrechte	407
17.6.1	Hypothek	407
17.6.1.1	Bestellung der Hypothek	408
17.6.1.2	Rangverhältnisse	408
17.6.1.3	Hypothekenarten	409
17.6.1.4	Gegenstand der Hypothekenhaftung	410
17.6.1.5	Übertragung der Hypothek	410
17.6.1.6	Tilgung der Hypothek	411
17.6.1.7	Verwertung der Hypothek	411
17.6.2	Grundschuld	412
17.6.3	Rentenschuld	413

18 Handelsgeschäfte	419
18.1 Begriff, Vermutung für Handelsgeschäfte, Arten	419
18.1.1 Begriff und Vermutung für Handelsgeschäfte	419
18.1.2 Arten	421
18.2 Besonderheiten beim Zustandekommen und der Auslegung	421
18.2.1 Schweigen im Handelsverkehr	421
18.2.1.1 Schweigen auf ein Angebot zur Geschäftsbesorgung	421
18.2.1.2 Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben ...	422
18.2.2 Handelsbrauch	424
18.3 Besonderheiten der kaufmännischen Leistungspflicht	425
18.3.1 Kaufmännische Sorgfaltspflicht	426
18.3.2 Bürgerlich-rechtliche Schutzvorschriften	426
18.3.3 Entgeltlichkeit der kaufmännischen Leistung	426
18.3.4 Zeit und Art und Weise der Leistung	427
18.4 Spezielle Handelsgeschäfte	427
18.4.1 Das Kommissionsgeschäft	427
18.4.1.1 Bedeutung, Begriff, Arten	427
18.4.1.2 Das Rechtsverhältnis zwischen Kommissionär und Kommittent	428
18.4.1.3 Der Schutz des Kommittenten (gegenüber Dritten)	430
18.4.2 Transportgeschäfte	431
18.4.2.1 Das Frachtgeschäft	431
18.4.2.2 Das Speditionsgeschäft	433
18.4.2.3 Das Lagergeschäft	434
19 Die Personengesellschaften	439
19.1 Einteilung der Gesellschaften	439
19.2 Die BGB-Gesellschaft	439
19.2.1 Einführung	439
19.2.2 Grundlagen und Entstehung	440
19.2.2.1 Der Gesellschaftsvertrag	440
19.2.2.2 Der Gesellschaftszweck und die Beitragspflicht	440
19.2.2.3 Gesellschafterbeschlüsse	441
19.2.3 Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft	441
19.2.4 Das Gesellschaftsvermögen	442
19.2.5 Geschäftsführung und Vertretung	442
19.2.5.1 Die Geschäftsführung	442
19.2.5.2 Widerspruchsrecht	443
19.2.5.3 Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis	443
19.2.6 Die Vertretung	444
19.2.7 Haftung	444
19.2.7.1 Haftung der Gesellschafter und der Gesellschaft	444
19.2.7.2 Gesamtschuldnerische Haftung	445
19.2.7.3 Das Gesamtschuldverhältnis	445
19.2.7.4 Haftungsbeschränkungen	446
19.2.7.5 Haftung für deliktisches Verhalten	446
19.2.8 Rechte und Pflichten der Gesellschafter im Innenverhältnis	447

19.2.8.1	Pflichten der Gesellschafter	447
19.2.8.2	Rechte der Gesellschafter	448
19.2.9	Gesellschafterwechsel	448
19.2.9.1	Ausscheiden eines Gesellschafters	448
19.2.9.2	Rechtsfolgen	449
19.2.9.3	Der Eintritt eines neuen Gesellschafters	449
19.2.9.4	Die Übertragung eines Gesellschaftsanteils	450
19.2.10	Tod eines Gesellschafters	450
19.2.11	Auflösung	451
19.2.11.1	Auflösungsgründe	451
19.2.11.2	Kündigung	451
19.2.11.3	Auseinandersetzung	452
19.3	Die offene Handelsgesellschaft (OHG)	453
19.3.1	Einführung	453
19.3.2	Grundlagen und Entstehung	454
19.3.2.1	Der Gesellschaftsvertrag	454
19.3.2.2	Der gemeinsame Zweck	454
19.3.2.3	Eintragung/Entstehung	454
19.3.2.4	Gemeinsame Firma	455
19.3.2.5	Gesellschafterbeschlüsse	455
19.3.3	Rechtsfähigkeit	455
19.3.4	Gesellschaftsvermögen	456
19.3.5	Geschäftsführung und Vertretung	456
19.3.5.1	Die Geschäftsführungsbefugnis	456
19.3.5.2	Das Alleinvertretungsrecht	456
19.3.6	Haftung	457
19.3.6.1	Haftung der Gesellschaft	457
19.3.6.2	Haftung der Gesellschafter nach § 128 HGB	458
19.3.6.3	Haftung neu eintretender und ausscheidender Gesellschafter	458
19.3.7	Pflichten und Rechte im Innenverhältnis	459
19.3.7.1	Pflichten der Gesellschafter	459
19.3.7.2	Rechte der Gesellschafter	459
19.3.8	Gesellschafterwechsel	460
19.3.8.1	Ausscheiden eines Gesellschafters	460
19.3.8.2	Eintritt eines neuen Gesellschafters	461
19.3.9	Auflösung der OHG	461
19.3.9.1	Auflösungsgründe	461
19.3.9.2	Abwicklung	461
19.4	Die Kommanditgesellschaft (KG)	463
19.4.1	Einführung	463
19.4.2	Entstehung und Grundlagen	464
19.4.3	Geschäftsführung und Vertretung	465
19.4.4	Haftung	465
19.4.4.1	Haftung des Kommanditisten	465
19.4.4.2	Haftung neu eintretender sowie ausscheidender Gesellschafter	466
19.4.5	Pflichten und Rechte der Gesellschafter	467

19.4.5.1	Pflichten der Gesellschafter	467
19.4.5.2	Rechte der Gesellschafter	467
19.4.6	Gesellschafterwechsel	467
19.4.6.1	Ausscheiden eines Gesellschafters	467
19.4.6.2	Eintritt eines neuen Gesellschafters	468
19.4.7	Auflösung der KG	468
20	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	471
20.1	Bedeutung	471
20.2	Gründung	472
20.2.1	Der Gesellschaftsvertrag	472
20.2.2	Bestellung des Geschäftsführers	474
20.2.3	Aufbringung des Stammkapitals	474
20.2.3.1	Die Bargründung	474
20.2.3.2	Die Sachgründung	475
20.2.3.3	Sicherung der Erfüllung der Einlagepflicht	475
20.2.4	Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister und Eintragung	477
20.3	Haftung im Gründungsstadium	479
20.3.1	Vorgründungsgesellschaft	479
20.3.2	Vor-GmbH	480
20.3.2.1	Merkmale der Vor-GmbH	480
20.3.2.2	Haftung in der Vor-GmbH	481
20.3.3	Handelndenhaftung	483
20.4	Organe der GmbH	484
20.4.1	Der Geschäftsführer	485
20.4.1.1	Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer	485
20.4.1.2	Vertretung der GmbH durch die Geschäftsführer	485
20.4.1.3	Rechte und Pflichten der Geschäftsführer	486
20.4.1.4	Haftung der Geschäftsführer	487
20.4.2	Die Gesellschafterversammlung	487
20.4.2.1	Aufgaben	487
20.4.2.2	Beschlussfassung	488
20.4.3	Der Aufsichtsrat	488
20.5	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	489
20.5.1	Rechte der Gesellschafter	489
20.5.1.1	Vermögensrechte	489
20.5.1.2	Verwaltungsrechte	490
20.5.2	Pflichten der Gesellschafter	490
20.5.2.1	Verhaltens- und Vermögenspflichten	490
20.5.2.2	Durchgriffshaftung	491
20.6	Erhaltung des Stammkapitals	492
20.6.1	Rückzahlungsverbot	493
20.6.2	Insolvenzantragspflicht	493
20.7	Auflösung und Liquidation der GmbH	493
20.8	Die GmbH & Co. KG	494
20.8.1	Gründe für eine GmbH & Co. KG	494

20.8.2	Entstehung der GmbH & Co. KG	494
20.8.3	Innenverhältnis	495
20.8.4	Außenverhältnis	495
20.8.4.1	Vertretung	495
20.8.4.2	Haftung für Gesellschaftsschulden	496
20.8.5	Beendigung	496
21	Die Aktiengesellschaft	499
21.1	Bedeutung, Begriff und Wesensmerkmale, Rechtsquellen	499
21.2	Die Finanzverfassung der AG	500
21.2.1	Das Grundkapital	500
21.2.1.1	Begriff	500
21.2.1.2	Der Grundsatz der Kapitalerhaltung	501
21.2.1.3	Kapitalerhöhung und -herabsetzung	501
21.2.2	Die Aktie	503
21.2.2.1	Bruchteil des Grundkapitals	503
21.2.2.2	Mitgliedschaftsrecht	503
21.2.2.3	Wertpapier	504
21.3	Gründung und Beendigung der AG	504
21.3.1	Gründung	504
21.3.1.1	Einfache Gründung	505
21.3.1.2	Qualifizierte Gründung (§§ 26, 27 AktG)	506
21.3.1.3	Beendigung	508
21.4	Die Organisationsverfassung der AG	508
21.4.1	Vorstand	508
21.4.1.1	Zusammensetzung und Bestellung	508
21.4.1.2	Anstellungsvertrag	509
21.4.1.3	Aufgaben	509
21.4.1.4	Haftung	510
21.4.2	Aufsichtsrat	511
21.4.2.1	Zusammensetzung	511
21.4.2.2	Wahl, Bestellung und Abberufung der Mitglieder	512
21.4.2.3	Aufgaben	513
21.4.3	Hauptversammlung	513
21.4.3.1	Rechte der Hauptversammlung	513
21.4.3.2	Einberufung	514
21.4.3.3	Teilnahmeberechtigung, Auskunftspflicht und Stimmrecht des Aktionärs	515
21.4.3.4	Beschlüsse	516
21.5	Die KGaA	516
21.6	Die Europäische (Aktien-)Gesellschaft (SE)	517
21.6.1	Gründung	517
21.6.2	Organisationsverfassung	518
	Sachverzeichnis	521

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
ADSp.	Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
aE.	am Ende
aF.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; in Zitaten: Amtsgericht
AGB.	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGG.	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
allM.	allgemeine Meinung
AnwBl.	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
ARUG	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie
AT	Allgemeiner Teil
B2B.	Business to Business
B2C	Business to Consumer
BAG.	Bundesarbeitsgericht
BÄO.	Bundesärzteordnung
BauGB.	Baugesetzbuch
BayObLG.	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB.	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH.	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BNotO.	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BT.	Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfGG.	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
II. BV	Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C2B	Comsumer to Business
C2C	Consumer to Consumer
CA	Court of Appeal
c.i.c.	culpa in contrahendo
CIM.	Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Gütern
CISG	Convention on Contracts for the International Sale of Goods (= UN-Kaufrecht)

COTIF	Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CMR	Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
Co.	Compagnie
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dh.	das heißt
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
eG.	eingetragene Genossenschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Einf.	Einführung
einschl.	einschließlich
e.K.	eingetragener Kaufmann
e.Kffr.	eingetragene Kauffrau
e.Kfm.	eingetragener Kaufmann
EntgFG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EnWG	Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft
ER	English Reports (Reprint)
EStG.	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR.	Euro
e.V.	eingetragener Verein
EWIV.	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgend
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenhei- ten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
ff.	fortfolgend
GastG	Gaststättengesetz
GBO.	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenG.	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GesR	Gesellschaftsrecht
GewO	Gewerbeordnung
GewStG.	Gewerbsteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR.	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
grds.	grundsätzlich
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungs-Re- port (Zeitschrift)
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
hA	herrschende Ansicht
HandelsR	Handelsrecht
HwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks

HGB.....	Handelsgesetzbuch
hL.....	herrschende Lehre
hM.....	herrschende Meinung
HR.....	Handelsregister
Hrsg.....	Herausgeber
HRV.....	Verordnung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters
Hs.....	Halbsatz
idR.....	in der Regel
iHv.....	in Höhe von
insb.....	insbesondere
InsO.....	Insolvenzordnung
IPR.....	Internationales Privatrecht
iSd.....	im Sinne des
iSv.....	im Sinne von
iVm.....	in Verbindung mit
JA.....	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jb.J.ZivRWiss.....	Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler
Jura.....	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS.....	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ.....	Juristenzeitung
Kap.....	Kapitel
kfm.....	kaufmännisch
KG.....	Kommanditgesellschaft; in Zitaten Kammergericht
KGaA.....	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KG-Report.....	Kammergericht-Report
KSchG.....	Kündigungsschutzgesetz
KStG.....	Körperschaftsteuergesetz
KWG.....	Gesetz über das Kreditwesen
LAG.....	Landesarbeitsgericht
LG.....	Landgericht
lit.....	litera (= Buchstabe)
Lkw.....	Lastkraftwagen
MarkenG.....	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen
MedR.....	Medizinrecht
MitbestG.....	Mitbestimmungsgesetz
Montan-	
MitbestErgG.....	Montan-Mitbestimmungsergänzungsgesetz
MoMiG.....	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
Montan-MitbestG	Montanmitbestimmungsgesetz
MüKo.....	Münchener Kommentar
mwN.....	mit weiteren Nachweisen
n.F.....	neue Fassung
NJW.....	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR.....	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
Nr.....	Nummer
NWB.....	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZA.....	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG.....	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG.....	offene Handelsgesellschaft
OLG.....	Oberlandesgericht
OVG.....	Oberverwaltungsgericht
ParteiG.....	Gesetz über die politischen Parteien
PatG.....	Patentgesetz

PatRG	Patientenrechtegesetz
PC	Personalcomputer
PersBefG.....	Personenbeförderungsgesetz
pFV	positive Forderungsverletzung
ppa.	per procura (in Vollmacht)
ProdHG	Gesetz über die Haftung fehlerhafter Produkte
ProstG.....	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten
pVV	positive Vertragsverletzung
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG.....	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ.....	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie
Rn.....	Randnummer
RPFiG.....	Rechtspflegergesetz
S.	Satz/Seite
ScheckG	Scheckgesetz
SE.....	Societas Europaea (Europäische [Aktien-] Gesellschaft)
sec.....	section
SE-VO	Verordnung über das Statut der SE
SGB	Sozialgesetzbuch
SI	Statutory Instruments
Sog.	sogenannt
StBerG.....	Steuerberatungsgesetz
StGB.....	Strafgesetzbuch
str.	streitig
StromeinspeisG...	Stromeinspeisegesetz
stRspr.....	ständige Rechtsprechung
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben
TVöD.....	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UKlaG.....	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
UmwG.....	Umwandlungsgesetz
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.....	und so weiter
uU	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.....	von/versus
VAG	Gesetz über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen
VersR.....	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.....	vergleiche
v.H.	von Hundert
VO	Verordnung
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
Vorb.	Vorbemerkung
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVaG.....	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG.....	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VwGO.....	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

WEG	Gesetz über das Wohneigentum und das Dauerwohnrecht
WirtschaftsPrivR. .	Wirtschaftsprivatrecht
WG.....	Wechselgesetz
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WoVermRG	Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung
WPO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer
ZahnHKG.....	Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR.....	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
zit.	zitiert
ZIP.....	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZPO.....	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zB.....	zum Beispiel
zT.....	zum Teil

1 Einführung

Literatur: *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, 16. Aufl. 2013; *Larenz/Canaris*, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 4. Aufl. 2018; *Model/Creifelds*, Staatsbürger-Taschenbuch, 34. Aufl. 2018; *Tillmann*, Bürgerliches Recht, 1. Aufl. 2017, S. 19–39; *Wörten/Schindler*, Anleitung zur Lösung von Zivilrechtsfällen, 9. Aufl. 2009.

1.1 Begriff und Funktionen des Rechts

Beispielsfall: Der alte Landwirt A, schon halb blind, fährt auf einer Kreuzung mit seinem Trecker in das Auto des B, weil er B nicht gesehen und ihm deshalb die Vorfahrt genommen hat. B wird verletzt und das Auto beschädigt. 1

Dieser Fall zeigt, dass, sobald zwei oder mehr Menschen in einer Gemeinschaft leben, **Regeln** für dieses **Zusammenleben** erforderlich sind. Solange Robinson auf seiner Insel allein war, benötigte er keine Regeln. Das änderte sich, als Freitag hinzukam. Recht besteht also aus Normen, die das menschliche Zusammenleben regeln. Allerdings hat nicht jede Norm Rechtsqualität. So leben Menschen häufig auch nach gesellschaftlichen Normen zusammen, Konventionen, die kein Recht darstellen. Entscheidend gehört zum Wesen des Rechts, dass die entsprechenden Normen mit **staatlicher Zwangsgewalt** (zB Urteil und Zwangsvollstreckung) **durchgesetzt** werden können. Die Gesamtheit dieser Regeln ist die **Rechtsordnung**.

Nach dem Gesagten abzugrenzen ist daher das Recht zum Ersten von der **Sitte**. Diese 2 beinhaltet zwar ebenfalls Regeln für das menschliche Zusammenleben, das äußere Verhalten der Menschen, es fehlt aber an der staatlichen Durchsetzungsmöglichkeit.

Beispiel: So ist es beim Sport und bei Gesellschaftsspielen verpönt zu mogeln, zB beim Tennisspielen korrekte Bälle des Gegners als Fehler zu geben. Wer trotzdem mogelt, hat keine staatlichen Sanktionen zu erwarten, aber es wird bald niemand mehr mit ihm spielen.

Allerdings kann die Sitte Einfluss auf das Recht ausüben, so zB die **Verkehrssitte** nach § 157 BGB bei der Auslegung von Verträgen und nach § 242 BGB bei der Erbringung von Leistungen.

Durch ihre Bezugnahme auf das äußere Verhalten der Menschen unterscheiden sich 3 Recht und Sitte zum Zweiten von der **Sittlichkeit (Moral, Ethik)**. Deren Gebote verpflichten den Menschen gegenüber seinem Gewissen. Auch solche Gebote bzw. ihr Wandel können das Recht beeinflussen und die Qualität der Norm verändern.

Beispiel: In den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland war der Ehebruch strafbar. Durch geänderte gesellschaftliche Vorstellungen wurde dieses Verbot aufgehoben und hat nur noch im Einzelfall den Charakter einer ethischen Norm. Noch weitergehend ist die Veränderung beim früheren Verbot des homosexuellen Geschlechtsverkehrs. Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft hat sogar gesetzliche Anerkennung im Lebenspartnerschaftsgesetz gefunden.

- 4 Recht soll den Gedanken der **Gerechtigkeit** umsetzen. Aber was ist das? Schnell einigen wird man sich dabei auf Rechtsüberzeugungen, die allen Völkern gemeinsam sind, die sich auf Wert und Würde der Menschen beziehen, so zB beim Verbot des Völkermordes. Sehr viel schwieriger ist die Beurteilung dagegen auf den Ebenen darunter, wie man ständig etwa den Debatten des Bundestages über verschiedene Gesetze entnehmen kann. Jede Partei beansprucht dabei für sich, die „gerechte“ Lösung anzubieten. Wer aber zusätzlich die Arbeit der Lobbyisten im Vorfeld der Gesetzgebung beobachtet, muss zugeben, dass Recht auch etwas mit Interessendurchsetzung zu tun hat, die nicht immer in einem Interessenausgleich und damit „gerechten“ Kompromiss endet.
- 5 Allerdings kann das Recht auf Dauer seine Aufgaben nicht erfüllen, wenn es den Wertvorstellungen der Mehrheit der Rechtsgenossen krass widerspricht. Diese werden sich nicht mehr an das Recht halten, es nicht befolgen, und damit verfehlt das Recht seine wichtigsten **Funktionen**. Das sind:
 - Das Recht regelt das menschliche Zusammenleben (**Regelungsfunktion**),
 - es ordnet die zwischenmenschlichen Beziehungen (**Ordnungsfunktion**),
 - es führt zur Befriedung im Verhältnis der Menschen zueinander, es wird nicht nach dem „Recht des Stärkeren“, dem sog. „Faustrecht“ gehandelt (**Friedensfunktion**) und
 - damit schützt das Recht auch den Schwächeren, zB Minderheiten (**Schutzfunktion**).

1.2 Rechtsquellen

- 6 Wer Recht anwenden soll, muss sich über die Rechtsquellen im Klaren sein. Grundsätzlich können Rechtsnormen durch **dauernde Übung (Gewohnheitsrecht, ungeschriebenes Recht)** oder durch **Rechtsetzungsakte** der zuständigen Organe (**gesetztes oder positives Recht, geschriebenes Recht**) entstehen.

Das Gewohnheitsrecht, eine tatsächliche, gleichmäßige und langjährige Übung in der Überzeugung der Rechtmäßigkeit des Handelns, hat zunehmend an Bedeutung verloren. Das liegt daran, dass der moderne Gesetzgeber immer mehr positiv rechtlich regelt.

Beispiel: Wichtige zivilrechtliche Haftungsprinzipien waren die „positive Vertragsverletzung“ und das „Verschulden bei Vertragsanbahnung“. Sie beruhten auf Gewohnheitsrecht. Nach der Schuldrechtsreform sind sie seit dem 1.1.2002 im BGB geregelt.

Das gesetzte, positive Recht bezieht sich zunächst auf den Nationalstaat, da dieser naturgemäß nur innerhalb seiner Grenzen für die Rechtsetzung zuständig ist. Immer mehr Bedeutung für unsere Rechtsordnung erlangt allerdings auch das supranationale Recht in Form des Europarechts der EU.